

## Ein Todesopfer, vier Verletzte

Schwerer Arbeitsunfall

**Muttenz.** Bei einem schweren Arbeitsunfall im Werk Schweizerhalle kam eine Person ums Leben, vier weitere wurden leicht verletzt. Was genau passiert ist, war bis gestern Abend nicht geklärt. Gemäss den bisherigen Erkenntnissen der Baselbieter Kantonspolizei ereignete sich der Unfall gegen 12.10 Uhr im ersten Untergeschoss eines Produktionsgebäudes einer Firma auf dem Areal des Werks Schweizerhalle. Zum Zeitpunkt des Unfalls fanden im ganzen Gebäude Revisionsarbeiten statt; zu dieser Zeit wurden keine chemischen Substanzen produziert. Ein Mitarbeiter der Firma verstarb noch am Unfallort. Vier weitere Personen erlitten leichte Verletzungen und wurden vor Ort von der Sanität betreut.

Da der Unfallhergang noch unklar ist, wurde von der Staatsanwaltschaft eine Untersuchung eingeleitet. *mv*

## Nachrichten

### Mann stirbt auf Sitzbank bei Tramstation

**Aesch.** Bei der Tram-Endstation in Aesch ist am Mittwochmorgen um 8 Uhr, auf einer Bank sitzend, ein lebloser Mann aufgefunden worden. Die von Drittpersonen herbeigerufene Sanität habe nach erfolgloser Reanimation den Tod des Mannes festgestellt, heisst es bei der Medienstelle der Baselbieter Polizei auf Anfrage. Die Polizei geht von einem natürlichen Tod des älteren Mannes aus.

### Primarschule leidet unter dreistem Holzdiebstahl

**Pfeffingen.** Für die Projektwoche Kunst, die vom 4. bis 11. April im Kindergarten und in der Primarschule Pfeffingen stattfindet, wurde vor einer Woche ein Lindenstramm beim Eichberg deponiert. Aus diesem Lindenstramm sollte von den Kindern ein Kunstwerk hergestellt werden. Nun hat jemand – offensichtlich mit einer Motorsäge – ein gutes Stück dieses Stamms abgehauen: Von den ursprünglichen 2,5 Metern sind noch 1,5 Meter übrig. Die Lehrpersonen äussern sich enttäuscht ob «der Frechheit, Holz zu stehlen». Für die Schule seien die Umtriebe sehr mühsam.

### Zwei Autos auf Kreuzung kollidiert – eine Verletzte

**Allschwil.** Auf der Verzweigung Spitzwaldstrasse/Wegastrasse kollidierten am Mittwoch gegen 18 Uhr zwei Personenwagen. Dabei verletzte sich eine 81-jährige Autofahrerin; sie musste ins Spital eingeliefert werden. Die Frau war korrekt auf der Spitzwaldstrasse in Richtung Basel unterwegs und wurde von einem 49-jährigen Automobilisten gerammt. Dieser war von der Wegastrasse her in Richtung Allschwil unterwegs. Bei der Kreuzung stoppte er zwar, übersah aber bei der Weiterfahrt das andere Auto. Dieses musste abgeschleppt werden.

# Für die Gemeinden gehts um sehr viel

Fünf Präsidenten eröffnen den Abstimmungskampf zum Pensionskassen-Kompromiss

Von Thomas Gubler

**Liestal.** «Hier sind wir daheim. Ja zu meiner Gemeinde – Ja zur Pensionskassenlösung.» Mit diesem Slogan steigen 47 Baselbieter Gemeindepräsidenten in den Abstimmungskampf um den Gegenvorschlag zur Gemeinde-Initiative, über den am 18. Mai an der Urne abgestimmt wird. Die früheren Wortführer der inzwischen zurückgezogenen Gemeinde-Initiative, Mike Keller (FDP, Binningen), Lukas Ott (Grüne, Liestal) und Urs Hintermann (SP, Reinach), haben am Donnerstag in Liestal zusammen mit Stefan Vögtli (Lupsingen) und Doris Scheunemann (Brislach) die Abstimmungskampagne eröffnet.

Der Binninger Gemeindepräsident machte dabei klar, dass man bei dieser Abstimmung nichts dem Zufall überlassen will. «Wir möchten nicht pokern; denn für die Gemeinden steht sehr viel auf dem Spiel», sagte Keller. Entsprechend fahren die ehemaligen Initiativ-Gemeinden eine Kampagne für rund 150 000 Franken, auch wenn derzeit von der Gegnerschaft nicht viel zu hören und mit einer lautstarken gegnerischen Kampagne auch kaum mehr zu rechnen ist. Die Unterstützungsgemeinden haben für die Öffentlichkeitsarbeit schon zu einem früheren Zeitpunkt einen Beitrag von einem Franken pro Einwohner gesprochen.

### Erhebliche Erleichterung

Tatsächlich bedeutet der Gegenvorschlag eine ganz erhebliche finanzielle Entlastung für die Baselbieter Gemeinden. Denn damit übernimmt der Kanton die Ausfinanzierung der Deckungslücke für alle kommunal angestellten Lehrkräfte inklusive Besitzstandsgarantie (vgl. Artikel unten). Auf diese Weise greift der Kanton den Kommunen mit 276 Millionen Franken unter die Arme, so dass diesen am Schluss noch eine Deckungslücke von 280 Millionen bleibt. Für die Stadt Liestal beispielsweise bedeutet dies, dass ihr Sanierungsaufwand nicht mehr 32 Millionen Franken,



**Bereit für den Abstimmungskampf.** Die Gemeindeoberhäupter Stefan Vögtli (Lupsingen), Doris Scheunemann (Brislach), Mike Keller (Binningen), Lukas Ott (Liestal) und Urs Hintermann (Reinach). Foto Pierre Stoffel

sondern noch 18 Millionen beträgt. Oder wie Stadtpräsident Lukas Ott sagte: «Statt acht städtische Jahresinvestitionen sind es noch viereinhalb.»

Ein Plan B, den die Gemeinden bei einem Scheitern an der Urne aus der Schublade ziehen könnten, existiert nicht. «So gesehen setzen wir alles auf eine Karte», erklärte Mike Keller, der allerdings auf die Kraft der befürwortenden Argumente zählt. Und vielleicht auch etwas auf die Alternative, die für sehr viele Gemeinden nicht gerade verlockend wäre. «Falls die Gemeinden die ganze auf sie entfallende Deckungs-

lücke alleine tragen müssen, dann drohen vielerorts Abbaumassnahmen beim Service public und Steuererhöhungen», sagte der Reinacher Preesi Urs Hintermann. «Verlieren aber die Gemeinden an Attraktivität und an Qualität, verlieren letztlich die Gemeinden und der Kanton zusammen.»

### Glückliche Baselbieter

Und hier setzt die Plakat- und Flyer-Kampagne der Befürworter an. «Die Plakate zeigen Alltagsszenen mit glücklichen Baselbütern; denn diese sind auch eine Realität», sagte der verant-

wortliche Werber Martin Engel. In einer politischen Kultur, in der alles infrage gestellt wird, soll, so Engel, im Zusammenhang mit der eigenen Gemeinde das Positive in den Vordergrund gerückt werden. Und für Gemeinden, die sich im Abstimmungskampf besonders ins Zeug legen wollen, sieht die Kampagne sogar spezielle Werbemittel vor. Nämlich Plakate, auf denen dann nicht einfach «Ja zu meiner Gemeinde – Ja zur Pensionskassen-Lösung» steht, sondern beispielsweise «Ja zu Liestal – Ja zur Pensionskassen-Lösung». [www.ja-zur-gemeinde.ch](http://www.ja-zur-gemeinde.ch)

## Die zweite Runde in der Pensionskassen-Reform

Nach dem Grundsatzentscheid im letzten Herbst folgt jetzt der Gegenvorschlag zur Gemeinde-Initiative

Von Thomas Gubler

**Liestal.** Am 18. Mai soll die Reform der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) definitiv unter Dach und Fach gebracht werden. Dann entscheiden die Baselbieter Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über den Gegenvorschlag zur so genannten Gemeinde-Initiative. Dieser legt fest, wie stark der Kanton Baselland den Gemeinden bei der Ausfinanzierung ihres Anteils an der BLPK-Deckungslücke hilft.

Der erste und wichtigste Schritt auf dem Weg zur Pensionskassen-Reform wurde bereits am 23. September 2013 getan, als das Volk dem neuen Gesetz über die Durchführung der beruflichen Vorsorge zugestimmt hat. Durch die damals beschlossene Vollkapitalisierung der Deckungslücke entsteht für den

Kanton bei der BLPK – für sich und für die Spitäler – eine Schuld von 1,3176 Milliarden Franken. Im April 2013 haben 28 Gemeinden (mit den Unterstützenden sind es 47) versucht, mittels der Gemeinde-Initiative dem Kanton nicht nur die eigene Deckungslücke, sondern die von allen angeschlossenen Arbeitgebern, insbesondere natürlich diejenige der Gemeinden, aufzubürden. Das hätte den Kanton mit weiteren 905,7 Millionen Franken und somit mit insgesamt 2,2251 Milliarden belastet.

Zur Bekämpfung der Gemeinde-Initiative hat die Regierung in der Folge einen Gegenvorschlag ausgearbeitet. Dieser sah eine Garantiestellung des Kantons für alle der BLPK angeschlossenen Arbeitgeber und das Angebot eines Poolings vor, mit welchem der Kanton den öffentlich-rechtlichen Arbeitgebern

zu zinsgünstigem Kapital verhilft. Und schliesslich hätte der Kanton die Ausfinanzierung der Pensionsansprüche der Musiklehrer und einen Teil der Ausfinanzierung für die Kindergarten- und Primarlehrkräfte übernommen. Dies hätte den Kanton zusätzliche 58,6 Millionen Franken gekostet.

### Eine grosszügigere Lösung

Die Initianten der Gemeinde-Initiative würdigten zwar den guten Willen der Regierung, erachteten deren Angebot aber als zu gering. Die landrätliche Finanzkommission unterbreitete darauf dem Kantonsparlament eine Kompromisslösung in der Absicht, die Initianten zum Rückzug der Initiative zu bewegen. Danach sollte der Kanton die Ausfinanzierung der Deckungslücke für sämtliche Gemeindelehrkräfte – also

für Primar-, Musik- und Kindergartenlehrkräfte – übernehmen und diesen gleichzeitig den Besitzstand garantieren. Dadurch würden die Mehrkosten für den Kanton zwar 276,1 statt bloss 58,6 Millionen Franken betragen. Dafür stellten die Initianten den Rückzug der Initiative in Aussicht. Mit 47 Ja- gegen 29 Nein-Stimmen hiess der Landrat den Gegenvorschlag gut. Die SVP und die Mehrheit der FDP stimmten gegen die grosszügigere Kompromisslösung.

Die Initianten der Gemeinde-Initiative zogen unmittelbar danach ihr Volksbegehren zurück, obschon sie für den Fall, dass die Vorlage am 18. Mai abgelehnt wird, über keinerlei Sicherheiten verfügen. In diesem Fall hätten sie nämlich gar nichts, nicht einmal die 58,6 Millionen, keine Kantonsgarantie und auch keine Pooling-Lösung.

## Klare Verhältnisse schaffen

Gemeindeverwalter liefern nach Honoraraffäre Leitfaden zu Entschädigungen

Von Christian Horisberger

**Liestal.** Offeriert der Architekt des neuen Kindergartens dem Bauchef der Gemeinde an einer Planungssitzung Kirschtorte und Kaffee, darf dieser schlemmen. Lädt der Architekt den Verwaltungsangestellten aber nach Vertragsabschluss zum Diner im Gourmet-Lokal ein, sollte er ablehnen. Dies ist ein Beispiel aus dem Leitfaden für Behördenentschädigungen, den der Baselbieter Gemeindeverwalterverband gestern vorgestellt hat.

Nebst Verhaltensregeln bei Zuwendungen und Geschenken enthält das achtseitige Papier Empfehlungen über Entschädigungen, also Honorare, Spesen und Sitzungsgelder, von Behörden und Gemeindeangestellten sowie darüber, wie sich ein Behördenmitglied bei

Interessenskonflikten am besten verhält. Im Vordergrund steht immer eine transparente und klare Regelung – «und zwar in allen Details», wie der Gemeindeverwalterverband in seiner Mitteilung festhält. Im Grundsatz gilt: Sämtliche Entschädigungen für im Namen der Gemeinde ausgeübte Mandate und Tätigkeiten sollen von den jeweiligen Institutionen mit der Gemeinde abgerechnet werden. Ob und in welcher Höhe Vergütungen an Behördenmitglieder oder Mitarbeiter ausbezahlt werden, regelt die Gemeinde. Die Verwalter halten aber fest, dass die Gemeinden in der Ausgestaltung ihrer Lösungen frei seien. Nicht gelungen ist es der Arbeitsgruppe der Gemeindeverwalter, wie geplant ein Musterreglement zu entwerfen. Dafür seien die Unterschiede in den Gemeindestrukturen zu gross.

«Es haben keine Missstände geherrscht in den Gemeinden, es bestanden allenfalls Lücken», stellt Caroline Rietschi, designierte Präsidentin des Baselbieter Gemeindeverwalterverbands, klar. Aber nach den Honoraraffären in beiden Basel habe ihr Verband proaktiv handeln wollen, statt lange abzuwarten, bis auch auf die Gemeinden Druck gemacht wird, erklärt Rietschi. «Wir wollen mit unseren Empfehlungen die Gemeinden unterstützen, für klare Verhältnisse, Vertrauen und Transparenz zu sorgen.»

Der Verband Basellandschaftlicher Gemeinden (VBLG) war über das Vorhaben des Gemeindeverwalterverbands im Bild und scheint mit dem Ergebnis zufrieden zu sein. Geschäftsführer Ueli O. Kräuchi spricht von einer sehr guten Grundlage.

ANZEIGE

Zins plus Bonus. Doppelt profitieren.

Fabian Wetter, Regionalleiter in Basel, freut sich auf Ihren Besuch. Telefon 061 286 21 21

Sparkonto Plus 1% im 1. Jahr\*

fair banking bank coop

\* Zins plus Bonus auf Neugeldeinlagen bei Neueröffnungen. Weitere Informationen und Bedingungen auf [www.bankcoop.ch](http://www.bankcoop.ch). Konditionenänderungen vorbehalten.